



WOCHENRÜCKBLICK



AfD-Fraktion klagt gegen Verunglimpfung durch den Bundeskanzler (14.11.)

Die AfD-Bundestagsfraktion hat beim Bundesverfassungsgericht Organklage gegen die Bundesregierung eingereicht. Hintergrund ist das ungebührliche Verhalten des Bundeskanzlers während der Regierungsbefragung im Bundestag am 6. Juli 2022. Scholz hatte anstelle einer Antwort auf die Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré, warum die Erdgasleitung Nord Stream 2 nicht genutzt werde, die AfD pauschal als „die Partei Russlands“ verunglimpft und die Frage nicht sachlich beantwortet. Die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Kotré beanstanden in dem Organstreitverfahren die Verletzung des Fragerechts aus Art. 38 Abs.1 GG, die Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung, der Verfassungsorgantreue sowie des Fairnessgebots.

Der Parlamentarische Geschäftsführer und Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, begründet diesen Schritt:

„Die Diffamierung der Opposition und damit des Parlaments als Ganzem im Rahmen des parlamentarischen Frage- und Kontrollrechts durch einen Bundeskanzler ist ein fatales Signal für die demokratische Kultur in unserem Land und muss rechtliche Konsequenzen haben. Mit der Missachtung seiner Pflicht als staatlichem Exekutivorgan zur Neutralität gegenüber der AfD-Fraktion, und damit den Millionen von uns repräsentierten Bürgern, sowie des Fairnessgebots, untergräbt Kanzler Scholz das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie und überhöht die Exekutive. Um solch ungebührliches Verhalten in der Zukunft zu unterbinden, haben wir beim Bundesverfassungsgericht Organklage gegen ihn und die Bundesregierung eingereicht.“

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Wir verklagen Scholz!

UNSER LAND ZUERST!

STEPHAN BRANDNER
Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Gera - Greiz und das Altenburger Land



Öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat keine Zukunft!

(15.11.2022)

Wie eine aktuelle Umfrage zeigt, lehnt ein Großteil der Deutschen die Existenz öffentlich-rechtlicher Sender wie sie heute zu finden sind ab. Nur 30 Prozent befürworten die Existenz zweier Sender. Weitere 35 Prozent plädieren für eine völlige Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, wörtlich:

„Ich werbe für das Konzept des Grundfunks, der nicht zwangsfinanziert und auf das Wesentliche konzentriert ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat keine Zukunft mehr: die Deutschen, auch und vor allem die jüngeren, wünschen sich die Veränderungen, die wir als AfD schon lange fordern. Sobald wir in Landesregierungen vertreten sind, werden wir das Versprochene umsetzen.“



Bundesregierung legt Axt an Grundrechte (14.11.2022)

Als AfD (sowohl Partei, als auch Fraktion) kritisieren wir dieses Vorgehen schon lange. Die Partei befindet sich dazu bereits in einem Rechtsstreit gegen das Bundesverfassungsgericht. Sowohl das Eil-, als auch das Hauptsacheverfahren wurden vom Verwaltungsgericht Karlsruhe in erster Instanz abschlägig beschieden, das zweitinstanzliche Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim läuft. Die jahrzehntelange, quasi geheime Medienpolitik des Bundesverfassungsgerichts ist für den Rechtsstaat und dort das höchste Gericht höchst problematisch und eigentlich unwürdig. Es diskriminiert nicht nur diejenigen Journalisten, die nicht Mitglied des elitären privaten Vereins sind, sondern auch die Prozessparteien, die auf die längst im Vorhinein ausgearbeiteten Fragen der Journalisten nicht spontan so antworten können, wie jemand, der bereits Stunden vorher detaillierte Kenntnis von Entscheidungen hat und sich bereits intensiv damit auseinandersetzen konnte. Wie der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages nun feststellt, legt das Bundesverfassungsgericht hier selbst die Axt an die Grundrechte an, hier die Pressefreiheit aus Artikel 5 Abs. 1 GG, die es eigentlich zu schützen hat. Wen sollte dies überraschen, ist doch der oberste Richter Harbarth einer von Merkels engsten Vertrauten, der weniger dem Rechtsstaat verpflichtet zu sein scheint, als vielmehr aus seiner Position heraus Politik im Sinne Merkels und ihrer Claqueure macht.“



STEPHAN BRANDNER

2

Instrumentalisierter Verfassungsschutz macht sich lächerlich (17.11.2022)

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, sieht laut eigenen Angaben keinen Anlass zur Beobachtung der selbsternannten Klimakämpfer der „Letzten Generation“. Er könne gegenwärtig nicht erkennen, dass sich diese Gruppierung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richte. Somit sei sie kein Beobachtungsobjekt für den Verfassungsschutz.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, sieht das gänzlich anders:

„Es überrascht wenig, dass der Verfassungsschutz, der längst ein linientreuer Regierungsschutz ist, keine Veranlassung sieht, hinsichtlich der radikalen und kriminellen ‚Letzten Generation‘ tätig zu werden – der freilich mehr als fragwürdige Zweck heiligt hier offenbar die Mittel der Klimaterroristen. Nachdem immer wieder Autobahnen und Straßen blockiert, fleißige Bürger genötigt und drangsaliert, Kulturgüter angegriffen und zerstört werden und sogar die erste Tote beklagt werden muss, kann niemand ernsthaft davon reden, dass es sich um keine Bedrohung handele. Die Klimakleber tyrannisieren Deutschland, versuchen Bundesregierung und Bundestag zu erpressen, stellen offensichtlich die ‚Systemfrage‘ und sind auf jeden Fall eine Bedrohung. Dass der instrumentalisierte Verfassungsschutz hier keine besondere Gefahrenlage sieht, zeigt nur einmal mehr, wie interessengesteuert und wie wenig unabhängig dieser agiert.“



Keine Flüchtlingsaufnahme im ehemaligen Wismut- Krankenhaus Gera! (19.11.2022)

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag fordert die Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Immobilien, etwa dem ehemaligen Wismut-Krankenhaus in Gera.

Stephan Brandner, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Gera, Greiz und das Altenburger Land, stellt klar, dass es keine Lösung sei, immer neue Immobilien für Zuwanderer ins Gespräch zu bringen.

„Zunächst einmal müssen wir feststellen: das Boot ist voll. Wir können nicht immer mehr neue Personen aufnehmen, versorgen und finanziell unterstützen, sondern müssen zuerst an unsere Bürger denken und schnell erst einmal diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, abschieben. In einem weiteren Schritt müssen Einwanderungsanreize abgeschafft und der Zustrom beendet werden. Der soziale Frieden in Gera wäre durch die Ansiedlung weiterer Flüchtlinge massiv gefährdet. Das darf nicht passieren!“

Aktuelle Videos

Keine Straßennamen für Kriminelle



Die neue #RAF: nur eine #Frage der #Zeit bis #Unbeteiligte ermordet werden!



Coronapolitik war katastrophal falsch! 5 Fragen - 5 Antwortend



Illegale Migration nicht einfach legalisieren!



STEPHAN BRANDNER

Kommende Termine I.

28. November 2022
Bürgerdialog im Bürgerhaus Kagel



30. November 2022
Wie sich die Ampel und die Linke die Wahlen zur Beute machen – Lehren aus dem Berliner Wahlchaos

2. Dezember 2022
Politische Weihnachtsfeiern in den Kreisverbänden Gera und Altenburg



**STEPHAN
BRANDNER**

5

Kommende Termine II.



4. Dezember 2022
Politische Weihnachtsfeier im
Kreisverband Greiz



5. Dezember 2022
Infostand in Sömmerda mit Torsten
Czuppon, MdL und Michel Müller
(Regionalverband JA)



5. Dezember 2022
Sprechstunde im Wahlkreisbüro
Sömmerda (Anmeldung nötig)



STEPHAN
BRANDNER

6

Kommende Termine III.

**5. Dezember 2022
Politischer Adventsabend in
Sömmerda**



**6. Dezember 2022
Bürger im Gespräch mit Michael
Kaufmann in Eisenberg**

**7. Dezember 2022
Sprechstunde in Gera**



**STEPHAN
BRANDNER**

7

#Brandnerunterwegs



Montag, 14.11.
Treffen mit der BPA-Gruppe in Berlin

Dienstag, 15.11.
Besuch bei der Bundeszentrale für Politische Bildung



Dienstag, 15.11.
Dokumentationszentrum Flucht und Vertreibung



Mittwoch, 16.11.
3. Tag BPA-Reise



Mittwoch, 16.11.
Bürger im Gespräch in Gera mit René Springer



Donnerstag, 17.11.
Bürgergespräch mit Stadtratsmitgliedern in Gera

Donnerstag, 17.11.
Sprechstunde im Büro Gößnitz



Donnerstag, 17.11.
Besuch beim Kreisbauernverband



Freitag, 18.11.
Hauptversammlung Stadtverband Gera

Dienstag, 15.11.
5 Jahre Desiderius-Erasmus-Stiftung



Donnerstag, 17.11.
Orwells 1984 vs heute im KV Altenburg



Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Göbnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Göbnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Fr: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch



Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner